

Fragen des DGB, Regionsgeschäftsstelle Ostsachsen vom 08. Mai 2014 **an die Kandidat*Innen zur Landtagswahl 2014**

In Abstimmung mit Werner Glaesel und Alexander Thomas anbei Textbausteine zur Beantwortung der Fragen. **Diese sind um eigene regionalspezifische Aussagen zu ergänzen.** Pro Antwort nicht mehr als 10 Zeilen bzw. 120 Worte.

1. Auftragsvergabe

Die LINKE ist nach wie vor der Auffassung, Sachsen braucht ein modernes Vergabegesetz. Deshalb hatte die LINKE 2013 gemeinsam mit SPD und GRÜNEN die Initiative ergriffen, um den Inhalt der DGB-Kampagne „Billig kommt teuer“ ins Parlament zu tragen. Wesentliche Inhalte der Initiative waren die Tariftreue, der Mindestlohn sowie ökologische Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gesetzlich festzuschreiben.

2. öffentlicher Dienst

Die gerade durch CDU/FDP-Mehrheit vollzogene Dienstrechts- und Besoldungsreform im Freistaat Sachsen hat die aufgehäuften Mängel und Defizite nicht gelöst, sondern nochmals aufgezeigt. Seit Jahren betrachtet die sächsische Staatsregierung die 85.000 Bediensteten als „Sparreserve“ des Landeshaushaltes. Die Abschaffung des Urlaubsgeldes sowie die Streichung des Weihnachtsgeldes sind dabei nur zwei Beispiele. Über 4.000 Bedienstete klagen mittlerweile gegen den Freistaat als ihren Dienstherrn auf angemessene Vergütung. Die LINKE unterstützt deren Forderungen.

Unser Verständnis eines modernen Dienst- und Tarifrechtes beinhaltet attraktive Gehaltsstrukturen mit Aufstiegsmöglichkeiten, schlüssige Personalentwicklungskonzepte, Übernahmegarantien nach der Ausbildung und ausreichende Einstellungskorridore. Damit könnte sich der öffentliche Arbeitgeber erfolgreich dem Wettbewerb um Fachkräfte sowie den demografischen Herausforderungen stellen.

3. Bildung

Ein wirklich freier Zugang zu Bildungsangeboten erfordert Gebührenfreiheit von der frühkindlichen Bildung und Betreuung über Schule, Studium, Berufs- und Weiterbildung. Öffentliche Bildungsinstitutionen müssen erheblich besser finanziert werden. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und eine der anspruchsvollen Tätigkeit angemessene Bezahlung sowie soziale Absicherung der im Bildungsbereich Beschäftigten.

Wir benötigen dringend eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation. Die LINKE setzt sich dabei mittelfristig für eine Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 1:4 in der Krippe, 1:10 im Kindergarten und 1:17 im Hort ein. Das Sächsische Kindertagesstättengesetz ist so zu ändern, dass Zeiten für Entwicklungsdokumentationen und Elternberatung, für pädagogische Vor- und Nachbereitung sowie für Krankheits-, Fortbildungs- und Urlaubstage in die Berechnung des Betreuungsschlüssels mit einbezogen werden.

Wir werden kurzfristig die jährliche Kita-Pauschale von 1.875 Euro pro Kind auf mindestens 2.400 Euro anheben. Langfristig ist die Kita-Pauschale zu dynamisieren, um die zu erwartenden steigenden Personal- und Betriebskosten für die Kommunen finanzierbar zu machen.

4. Zivilgesellschaft

... noch durch regionale Initiativen der LINKEN ergänzen ...

Die LINKE wird sich im kommenden Doppelhaushalt 2015/2016 für eine bedarfsgerechte Mittelausstattung des Programmes „Weltoffenes Sachsen“ sowie für eine unbürokratische und diskriminierungsfreie Mittelvergabe einsetzen.

5. Dreiländereck

Die bisherige Politik der Staatsregierung hat dazu geführt, dass die Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Grenzgemeinden die Region jeweils jenseits der Staatsgrenze als „Angstraum“ wahrnimmt.

Das Leitbild der LINKEN von der Zukunft Sachsens als Region in Europa schließt die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger ein, politische Entscheidungen über und in ihrer Region nicht nur nachzuvollziehen, sondern aktiv auf allen Ebenen selbst zu gestalten.

Sachsen und die benachbarten Regionen benötigen regional untersetzte Konzepte zur Weiterentwicklung der entsprechenden Euroregionen sowie von weiteren grenz- und länderübergreifenden Kooperationen. Dazu gehört die Stärkung regionaler und lokaler Vernetzungen in Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Sozialpolitik, wie beispielsweise im Sozial- und Gesundheitswesen oder bei Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz.

Die beschlossenen EU-Programme für den Zeitraum 2014- 2020 zur Förderung des ländlichen Raumes sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können dabei zur notwendigen Finanzierung beitragen.

ENDE